

Volks-Zeitung

Zuschuss-Sperre gegen Thüringen auf- gehoben / Keine Schulgeld-Erhöhung

Die Bartrobbe



Eine neue Rarität
des Berliner Zoo

Pamela Wedekind — Karl Sternheim



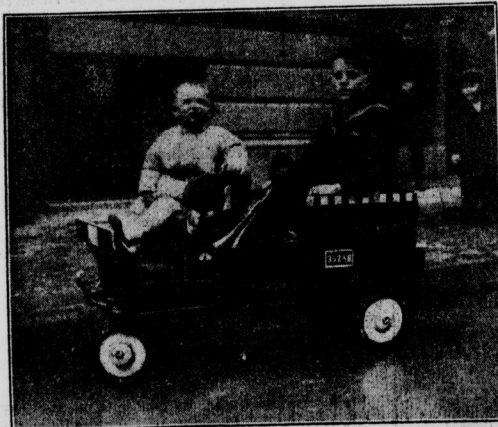
Das Dichterkind hat den Dramatiker
geheiratet

Seilschwebbahn auf das Nebelhorn



Der Endpunkt der Bahn im Allgäu
liegt 2000 Meter hoch

Die kleinste Taxe von Berlin



Vater hat seinen Kindern ein Ostergeschenk
gebaut

50 Jahre
im Geschäft



Fräulein Oppermann,
Direktrice bei
Wolff und Glaserfeld

Wieder freigegeben



Die „Jacht“ „Seeräuber“ des verhafteten Anarchisten
Ernst Friedrich wurde von der Polizei freigegeben

Das Volk sagt Nein!

Der Panzerkreuzer muss abgelehnt werden
Der unerträgliche Kabinettsbeschluss

Könnte noch ein Zweifel über den Rechtskurs des Kabinetts Brüning-Trevarius-Schiele bestehen — der Beschluss des Kabinetts, sich hinter die Reichratsforderung des neuen Panzerkreuzerbaues zu stellen, hätte ihn behoben. Die Reichspresse äußert über den Kabinettsbeschluss unverhohlene Genugtuung und Triumph. „Der Panzerkreuzer B wird gebaut“, so jubelt die nationalistische Reaktion, und sie hat in der Tat allen Anlass dazu. Die Steuergesetze sind nach dem Herzen der Wirtschaftspolitik verschleiert worden, das Kabinettsprogramm machte das Ueberagrprogramm der Landbändler zu dem seinen, damit über die Forderungen der deutschen Fraktion noch hinausgehend, und nun bekommen auch die Nationalisten und Militaristen der Rechten noch ihr Panzerkreuzer-Osterei. Alle Wünsche der Reaktion gehen restlos in Erfüllung — Herr Brüning sorgt mit seinen Rechtskursteuermännern dafür.

Der neue Unfall des „starker Mann“ gepriesenen Reichkanzlers, der an einem kritischen Punkt den Etat preisgab, nachdem er sich auf ihn festgelegt hatte, hat selbst im deutschnationalen Lager trotz der Freude über den Erfolg des deutschnationalen Panzerkreuzer-Antrages den Respekt vor Herrn Brüning nicht vergrössert. Der Hugenbergsche „Lokal-Anzeiger“ stellt höhnisch fest, dass das Kabinettsprogramm des Reichratsbeschlusses „geschluckt“ hat und prophezeit schadenfroh „peinliche Vorgänge in der Koalition“. Das muss sich Herr Brüning sogar von

denen sagen lassen, deren Geschäfte er in so kurzschrittiger Weise besorgt!

Hugenbergs Prophezeiung wird dieses Mal in Erfüllung gehen. Denn der Beschluss des Kabinetts, die Reichratsbeschlüsse dem Reichstag als Grundlage seiner Beratungen zuzuleiten, setzt die hinter der Regierung stehende gemischte Parteiengesellschaft einer starken Belastung aus. Es ist nicht anzunehmen, dass der linke, der Gewerkschaftsfühler, des Zentrums für die erste 3 Millionen Ausgabe zu haben sein wird, indes täglich Tausende von Arbeitern (und auch Zentrumsarbeitern) von der Industrie auf die Strasse gesetzt werden. Und es ist mit allem Ernst und aller Entschiedenheit zu fordern, dass auch die demokratische Reichstagsfraktion das Spiel des Umfall-Brüning weiter nicht mitmacht. Wenn sie sich schon nicht dazu verstehen kann, den gestrigen Kabinettsbeschluss mit der Zurückziehung des demokratischen Ministers Dietrich zu beanzwängen, was die unseres Erachtens einzig richtige Antwort auf den hannebüchischen Beschluss des „reaktionärsten Kabinetts seit der Revolution“ wäre, so muss in jedem Falle mit einem einstimmigen nationalen Panzerkreuzerbeschluss der deutschen Reichsrats im Reichstag zurückgewiesen werden. Dies muss von vornherein klar und deutlich erklärt werden, um den Oppositionswillen bei anderen

Regierungsparteien, wie beim Zentrum und den bayerischen Bauern, zu stärken.

„Sparen“, „Ausgaben-Abbau!“ — danach schreit die Wirtschaft, danach heult die Reaktion. Dieselbe Reaktion jedoch hat wieder einmal 80 Millionen Mark für ein Kriegsschiff übrig, das nach Lage der Verhältnisse nichts anderes ist als ein Riesenspielzeug für unsere Nationalisten. Man verlangt für das nächste Jahr und die folgenden Steuererhöhungen, zugleich soll das militärische Kreuzer-ABC im Eiltempo heruntergebetet werden, so dass die Ausgaben nur mit der Rechenmaschine zu errechnen sind. Wodurch denkt man sich die Zukunft? Wer soll diesen nationallistischen Wider- und Wahnsinn bezahlen?

Das Volk? Das arbeitende Volk dankt. Das Volk, das unter den Steuerlasten, direkt wie indirekt, schon jetzt seufzt, das Volk, dem man soeben die wahnwitzigen Agrarzölle an den Hals gehängt hat, das Volk, das zu Millionen ohne Arbeit und Verdienst ist, das Volk, das die Inflation entehrt hat, — das Volk sagt nein! Und wehe denen, die dieses Nein nicht hören wollen!

Wie der Ausschuss eingewickelt wurde

Bei der Beratung des ostpreussischen Antrages auf Einsetzung einer ersten Baureihe für den Panzerkreuzer B in den Reichsratsausschüssen ist Reichswehrminister Groener nicht nur als Ressortminister für den Antrag eingetreten, er hat auch für die anderen massgebenden Kabinettsmitglieder sozusagen zugesagt. Er hat erklärt,

der Reichsaussenminister habe keine ausserpolitischen Bedenken gegen den Bau des Schiffes, und der Reichskanzler werde den Antrag begrüssen.

Als in der Debatte der Ausschüsse von der finanziellen Seite der Neubewilligung die Rede war, hat der Vertreter des Reichsfinanzministeriums geschwiegen, so dass die Ausschussmitglieder annehmen mussten, die Sache sei in Ordnung. Im übrigen ist die Abstimmung am Mittwoch im Reichsrat ein Zufallsergebnis. Der Hauptvertreter der preussischen Provinz Sachsen im Reichsrat, der sozialdemokratische Oberbürgermeister Weber (Halberstadt), war nicht anwesend. Als sein Stellvertreter stimmte der christlichnationalen Bauern- und Landvolkführer Dr. Gerke für den Antrag. Das Land Sachsen und die Provinz Sachsen haben somit den Antrag infolge von Zufällen und „Missverständnissen“ zur Annahme verholfen.

Einwanderungs-Beschränkung in Kanada

Pläne auch in den Vereinigten Staaten

OTTAWA, 16. April. (Reuter.) Die Einwanderungslaubnisse nach Kanada wird in diesem Jahre wegen der Lage des Arbeitsmarktes und wegen der geringeren Ernte des letzten Jahres wahrscheinlich eine Verminderung um etwa 50 Prozent erfahren. Voraussichtlich werden nur 90 000 Einwanderer, davon die meisten aus England, zugelassen werden. Nicht mehr als 8000 mittelclasseigen Landarbeiter werden einreisen dürfen gegen 11 000 im Jahre 1929 und 34 000 im Jahre 1928.

WASHINGTON, 17. April.

Senator Black hat im Senat einen Antrag eingebracht, in dem die Beschränkung der Einwanderungsquote um weitere 25 Prozent gefordert wird. Black macht in der Begründung seines Antrages geltend, dass bei der ständig steigenden Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten die Verminderung der Einwanderung nicht länger hinausgeschoben werden dürfe.

90 Prozent Prohibitions-Sträflinge

Amerikas Gefängnisse reichen nicht mehr aus

WASHINGTON, 17. April. Nach einer Erklärung des Generalstaatsanwalts Mitchell vor der juristischen Senatskommission ist damit zu rechnen, dass die amerikanischen Gefängnisse in ganz kurzer Zeit nicht mehr ausreichen werden. Die Zahl der Sträflinge habe sich seit 1910 fast verdoppelt. Die Ueberfüllung der Gefängnisse sei der Hauptsache auf Verurteilungen wegen Vergehen gegen das Prohibitionsgesetz zurückzuführen, und eine noch schärfere Durchführung des Gesetzes würde den Staat hinsichtlich der Gefängniswesen vor neue Aufgaben stellen. 90 Prozent aller Gefängnisinsassen hätten Strafen wegen Verletzung der Prohibitionsgesetzgebung zu verbüssen.

Der Uebergang von Dawes zu Young

Tagung des Sonderausschusses in Paris

PARIS, 17. April.

Das in dem Haager Abkommen vorgesehene Sonderkomitee für den Uebergang vom Dawes-Plan zum Young-Plan ist gestern nachmittag im Ausserministerium zu einer Sitzung zusammengetreten. Aufgabe dieses Komitees ist es vor allem, die Uebertragung der Befugnisse der durch den Young-Plan abgeschafften Organismen auf die Bank für internationalen Zahlungsausgleich zu regeln. Das Komitee besteht aus Vertretern der Reparationskommission, des Generalagenten für die Reparationszahlungen, der Kriegslastenkommission und des Organisationsausschusses der neuen Bank.

Der französische Etat angenommen

PARIS, 17. April. (W. T. B.)

Die Kammer hat mit 450 gegen 125 Stimmen das Budget in der vom Senat heute nachmittag verabschiedeten Form angenommen. Das von Kammer und Senat verabschiedete Budget stellt sich wie folgt: Einnahmen 50 465 079 313 Francs, Ausgaben 50 398 169 195 Francs.

Ramsay MacDonald ist im Flugzeug in seiner Heimatstadt Lossiemouth in Schottland eingetroffen.

Weitere Tausende arbeitslos!

Neue Massenentlassungen im Industriegebiet

BOCHUM, 17. April. (Eigener Bericht.)

Wie unserem Bochumer Mitarbeiter auf Anfrage bei der Abteilung Ruhrort-Meiderich der Vereinigten Stahlwerke erklärt wird, gestaltet sich infolge des stark rückgängigen Auftrags-einganges die Beschäftigung derart trübsalig, dass in sämtlichen grossen Werken der Vereinigten Stahlwerke weitere erhebliche Betriebsbeschränkungen erfolgen müssen. So ist unter anderem die Stilllegung der Abteilung Ruhrort-Meiderich zum 15. Mai beabsichtigt. Hiervon werden 3200 Arbeiter betroffen. Es hat sich gezeigt, dass trotz Einlegung von Feiertagen der Betrieb wegen fehlender Aufträge nicht aufrechterhalten werden kann. Es handelt sich keineswegs um eine vorzügliche Massnahme, sondern um eine endgültige Stilllegung.

Infolge der Auswirkungen der Konjunkturkrise hat sich die

Lage derart verschlechtert, dass eine Besserung nicht erwartet werden kann. Trotz vieler Feiertage kann der Betrieb voraussichtlich bis zum Stilllegungstermin infolge weiterer Vergrösserung der Bestände, die jede Wirtschaftlichkeit tötet, nicht weitergeführt werden. Wahrscheinlich dürften infolge der ausserordentlich schweren wirtschaftlichen Depression auch in anderen Abteilungen der Vereinigten Stahlwerke neue Betriebsbeschränkungen nötig werden, da selbst trotz einschneidender Massnahmen keine rentable Ausnutzung der noch in Betrieb befindlichen Anlagen erfolge.

Auch in Hamborn ist die Stilllegung eines Martiniwerks, das 150 Arbeiter beschäftigt, geplant. Am 27. April läuft die Sperrfrist für 800 Arbeiter ab. Selbst für die modernen Zecheanlagen in Lobberg werden Betriebsbeschränkungen erwogen.

Zuschuss-Sperre gegen Thüringen aufgehoben

Thüringen hat sich mit Anrufung des Staatsgerichtshofs und Zweigerts Reise einverstanden erklärt

Die thüringische Regierung hat die bereits angekündigte Erklärung des Reichsministers des Innern Dr. Wirth, zugehen lassen. Daraufhin hat Dr. Wirth die bisherige Einstellung der Zuschüsse für Polizeizwecke und sonstiger Ueberweisungen an Thüringen aufgehoben. Staatssekretär Zweigert wird als Beauftragter des Reichsministers nach Ostern die Besprechungen mit dem thüringischen Minister aufnehmen.

In der Antwort Thüringens, die den Reichsinnenminister zur Aufhebung der gegenüber Thüringen angeordneten Sperrmassnahmen bestimmt hat, erklärt sich die thüringische Regierung bereit, in der Frage des thüringischen Ermächtigungsgesetzes die Entscheidung des Reichsgerichts anzunehmen, damit diese Klarheit darüber schafft, ob das Ermächtigungsgesetz verfassungsmässig ist oder nicht. Nach Ansicht des Reichsinnenministeriums gibt dieses Gesetz der thüringischen Regierung, insbesondere dem nationalsozialistischen Innenminister Dr. Frick, Vollmachten, die mit der Reichsverfassung nicht zu vereinbaren sind, weshalb Berlin in Weimar intervenierte. Die weimarische

Regierung, die unter dem Einfluss des Herrn Frick zuerst auf hohem Ross sass, hat sich jetzt zum Einlenken entschlossen. Sie hat im Reichsministerium des Innern versichert, dass eine Verletzung der Bedingungen für die Gewährung von Reichszuschüssen für Polizeizwecke in Thüringen nicht stattgefunden habe, dass insbesondere in der thüringischen Landespolizei keinerlei Veränderungen vorgenommen worden seien, mit alleiniger Ausnahme solcher Anstellungen, die bereits vor dem Antritt des Ministers Frick in Angriff genommen waren. Auf Grund dieser Erklärungen, für die der thüringische Ministerpräsident jede Verantwortung übernommen hat, hat Dr. Wirth die Zuschussperre aufgehoben. Der Reise des Staatssekretärs Zweigert kommt somit anscheinend nur mehr eine formale Bedeutung zu. Von der Erklärung Fricks, Severing könne lange warten, bis er eine Antwort auf sein Schreiben erhalten werde, ist die thüringische Regierung der Reichsregierung gegenüber abgerückt. Das Weimarer Ministerium hatte sich alle diese Peinlichkeiten ersparen können, wenn es Herrn Frick rechtzeitig den Stuhl vor die Tür gesetzt hätte. Aber was schluckt man nicht alles um der reaktionären Interessen willen!

Hollmanns dritte Bombe entdeckt

In einer Altonaer Papierfabrik — Vollständig „gebrauchsfertig“ — Weitere Verhaftungen

HAMBURG, 17. April.

Den Bemühungen der Altonaer Kriminalpolizei ist es gelungen, die dritte Bombe, die nach dem Geständnis des Sattlermeisters Koch gleichzeitig mit den Bomben für Neumanns und Oldewies von Koch und dem Chemiker Dr. Hellmann hergestellt wurde, aufzufinden. Sie wurde in den Büroräumen der Papierfabrik Traul in Altona entdeckt, wobei sie von dem Kaufmann Kienitz, dem Prokuristen dieser Firma, gebracht worden war, der sie von Wilamowitz-Möllendorf im Auftrage von Hellmann erhalten hatte.

Diese Bombe weist die gleiche Anordnung, wie die beiden übrigen auf. Sie war vollständig zusammengestellt und enthielt einen Kanister mit über 10 Pfund Sprengmasse. Es fehlte nur die Zündvorrichtung. Die Bombe war für einen weiteren Anschlag vorgesehen.

Dr. Hellmann hatte sich bereits nach einem geeigneten Objekt in Schleswig-Holstein umgesehen, doch hatte er keinen passenden Ort gefunden.

Auch sollte der Täterkreis nicht mehr erweitert werden, was nötig gewesen wäre, da man geplant hatte, auch diese Bombe in der Nacht zum 15. März zur Explosion zu bringen.

Der Kaufmann von Wilamowitz-Möllendorf hat jetzt auch ein Teilgeständnis abgelegt. Es ist jetzt gelungen, weitere Verhaftungen vorzunehmen. So wurden die Brüder Kienitz, der Kaufmann Wolfgang Ammermann, der Schüler Oskar Ammermann, der Kaufmann Andresen sowie der frühere Führer des Hamburger Werwolf, Hambroek, verhaftet. Damit glaubt die Altonaer Kriminalpolizei, sämtliche Beteiligte an diesen Bombenattentatsversuchen festgestellt zu haben. Sie rechnet bereits heute auf weitere Geständnisse.

